

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Farnspreh-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin, Anzeigen-Preise: klein-Zeile 3 Pfennig, Familien-Anzeigen: klein-Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. - Nr 193

SONNTAG, 23. APRIL 1933

MORGEN-AUSGABE

Dollar-Politik

Die Lehre von den Währungen ist überaus klar und nicht; in dem Maße der Wirtschaftskrisis ist sie das Gebiet, das der theoretischen Durchleuchtung am weitesten zugänglich, das mit logischen Überdachten am leichtesten erfassbar ist. Die Währungsprobleme bieten uns eine gezielte Weltanschauung, und die sie von Berufs wegen ausüben, pflegen sich ungeniert in die letzten Ecken zu lassen, denn es ist verblüffend, daß die Notenbanken und die sonstigen Leiter der Währungspolitik nicht gern verraten, was sie für die nächste Zukunft vorhaben; ihre Entscheidungen würden anderenfalls durchkreuzt oder vorweggenommen werden. Aber sie pflegen auch ungeniert die Beweggründe ihrer Handlungen mitzuteilen und überlassen die Eingebung der Betroffenen und den Betrachtern. Und das ist sehr tug, denn gelegentlich scheitern die Gedanken, die man sich in der Öffentlichkeit über währungspolitische Maßnahmen macht, weiser zu sein als die der Urheber.

Kabinetts Gründe und Ziele

Wir wollen nicht behaupten, daß die Aufgabe der Dollarpolitik eine bloße Verlegenheitsmaßnahme gewesen ist. Die amerikanische Währung war nicht, wie die englische vor anderthalb Jahren einem Run des Auslandes ausgesetzt, der schnell und durchgreifendes Handeln notwendig machte; Präsident Roosevelt hat seine Berater waren — unter rein wirtschaftlichem Gesichtspunkt — in ihren Entscheidungen frei. Wie weit sie es auch in politischer, vor allem innenpolitischer Hinsicht waren, ist schwer zu beurteilen. Wenn die neue Regierung, die bei der Überwindung der Bankenpanik und bei der Stabilisierung des Staatsbankrottals so große Energie an den Tag gelegt und so große Erfolge eingeleistet hat, der internationalen Finanzsituation entgegen nicht hätte sehr werden können, so hätte wohl noch immer die Möglichkeit bestanden, den Geldumlauf wirksam zu erweitern, ohne den Wechselkurs zu gefährden. Doch weniger leicht ist, daß die Dollarwährung gestoppt worden sei, um den Amerikanern in ihren Verhandlungen mit MacDonald und Herriot eine taktisch günstige Position zu verschaffen. Es war bisher nicht üblich, einer internationalen Konferenz zuzulassen die eigene Währung in ihrer Gesamtheit zu erschüttern.

Aber die Bewegung bezieht sich auf Nachteile und ebenso über die Ziele, die Roosevelt verfolgte. Sie sind lediglich in ihren großen Umrissen sichtbar und zwar in der Form, wie das währungspolitische Ermüdungsgesetz angibt. Danach hat der Präsident die Befugnis, eine „kontrollierte Inflation“ in die Wege zu leiten, Zahlungen auf Kriegsschulden auch in Silber anzunehmen und Währungsallianzen abzuschließen.

Wertung des Silbers

Vertrauen wir zunächst den zweiten Programmpunkt. Er gehört in die Reihe jener Maßnahmen, die Amerika als wichtigster Silberproduzent von jeher getroffen hat, um den Preis des weißen Metalls zu stützen. Das Silber gleicht einem Edelmetall, der auf die gleiche Ebene geraten ist, und dessen Eltern sich vergeblich bemühen, ihm wieder zum alten Ufelsen zu verpflügen. Es ist nun einmal im Begriff, aus einem edlen Metall zu einem unedlen zu werden. Der Zahlenkennzeichen die Entwertung, sind im Wert der Preis einer Unze Silberwährung in London 605,4, 1913 276,4 und gegenwärtig beträgt er — in Goldpreis umgerechnet — kaum 13. Dieser Preisverfall hat zahlreiche Ursachen. Fast die ganze Welt ist von der Silber- oder Gold-Silber-Währung zur Gold- oder Papierwährung übergegangen; die Produktion, die früher zu bekräftigen ist, weil das Silber gemeint als Nebenprodukt bei der Erzeugung anderer Metalle gewonnen wird, hat sich fast verdoppelt (im Vergleich mit der Jahre 1871 bis 1875 betrug sie sich auf 1,960 Millionen Kilogramm, der Jahre 1926 bis 1930 auf 7,934 Millionen Kilogramm); die industrielle Verwertbarkeit nahm einen ungehörigen Verlauf; und schließlich sind neuerdings die asiatischen Vorkommen in Bewegung geraten. Diesen Lasten gegenüber erwiesen sich alle Maßnahmen, die seit den siebziger Jahren getroffen, alle Pläne, die seitdem aufgestellt wurden, als unzulänglich. Sie laufen in der Regel darauf hinaus, Silber in die Rolle eines Gegenwärtigen zu versetzen, den Preis also durch Verknappung des Marktes zu stützen, und nehmen dafür meistens auf dem Papier Milliardenbeträge in Anspruch. Oder sie verfolgen das Ziel, das Silber wieder zum internationalen Währungsmittel zu machen, ohne freilich das Gold verdrängen zu wollen. Die zweite Variante ist das Ideal der sogenannten Bimetallisten.

Die Bimetallisten propagieren die Doppel-

Die Beschlüsse des Kabinetts

Vier neue Gesetze — Numerus clausus und Personalfragen zurückgestellt — Der Kanzler wieder in München

Die Tagung des Reichskabinetts war gestern nachmittags um 3 Uhr beendet. Unmittelbar nach ihrem Abschluß begab sich der Reichskanzler im Flugzeug nach München. Er wurde begleitet u. a. von den Reichsministern Goebbels und Fick, dem Vizepräsidenten Staatssekretär Höhm und dem Preisen August Wilhelm von Preußen. Das Flugzeug trat am späten Nachmittag auf dem Flugplatz Oberwiesendfeld ein. Der Kanzler wird am Montag nach Berlin zurückkehren, der Propagandaminister erst am Dienstag. Am Dienstag wird die nächste Kabinettsitzung stattfinden.

An der gestrigen Kabinettsitzung wurde zuerst die Befehlung des Reichspräsidenten zum Inkrafttreten des Reichsfinanzgesetzes für die Gleichschaltung der Justiz behandelt. Dann verabschiedete das Kabinett folgende Gesetze: Ein Gesetz über den Pächterschutz, ein Gesetz über die Neubildung der Steueraussschüsse, ein Gesetz über die Zulassung von Patentanwälten und das an anderer Stelle im Wortlaut übergebene Gesetz über die Neubildung von Studentenvereinen, das die Grundzüge des neuen preussischen Studentenrechts auf die übrigen Länder überträgt.

Das Gesetz über den Pächterschutz regelt die Abhängigkeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Pächter neu und bringt gewisse Erleichterungen. Wenn ein Pächter seinen Pächter kündigt, kann auf Antrag des Pächters das Pachterrentenamt die Kündigung aufheben. Neugebündelt kann nur nach einem längeren Zeitraum werden, wenn der Pächter mit seinen Verpflichtungen erheblich in Bezug geraten ist oder ein besonderes Verschulden vorliegt. Im übrigen wird der Bestandvertrag zunächst um ein Jahr verlängert. Das Gesetz über die Zulassung der Patentanwälte lehnt sich sehr eng an das neue Beamtengesetz an. Es gibt die Möglichkeit, Patentanwälte, die den Bestimmungen des Beamtengesetzes nicht entsprechen, bis zum 30. September aus der Liste der Patentanwälte zu streichen. Das Gesetz über die Gleichschaltung der Steueraussschüsse bei den Finanzämtern geht im großen und ganzen ebenfalls von den Bestimmungen des Beamtengesetzes aus.

Das Gesetz über die Wiederberufung der Schulen wurde zunächst zurückgestellt. Es soll noch einmal einen Umbau unterzogen werden. Eine politische Ausdrucksform in der

Kabinettsitzung nicht statt. Auch die Erneuerung der Reichsfinanzminister in den Ländern wurde noch nicht verhandelt. Beide Punkte sind auf die nächste Kabinettsitzung verschoben worden.

Nicht zur Sprache sind auch die Personalfragen getommen, deren Entscheidung vielfach erzwungen wurde. So sprach man von bevorstehenden Umhebungen innerhalb des Reichskabinetts. Im Zusammenhang damit, daß der Reichskanzler von Papen in erster Linie von jetzt an diplomatische Aufgaben haben wird, ließ es, daß er eventuell das Außenministerium übernehmen und der dritte Außenminister von Reuech als Stellhalter nach Württemberg gehen würde. Hierzu wurde jedoch kaum etwas gesagt, sondern erklärt, daß die Nachricht von einer bevorstehenden Betrauung des Freiherrn von Weizsäcker mit der Reichsfinanzminister in Württemberg ihrer Grundlage entbehre und auf freier Erfindung beruhe.

Nicht beendet worden sind angeschlossen auch die Verhandlungen mit dem Minister Eugenberg wegen des Preussischen Ernährungsausschusses. Aus einem Artikel des Vizepräsidenten des Reichslandbankrates Weizsäcker im Preussischen Volksblatt der SPD geht hervor, daß die Nationalsozialisten das Preussische Landbankratsministerium mit der Begründung für sich beanspruchen, daß 80 v. H. des deutschen Bauernamtes der nationalsozialistischen Bewegung ihre Betrauung ausgeprochen hätten. Das sei nicht gemacht worden, damit die deutsche Agrarpolitik von Leuten gemacht werde, die nicht die Bauernschaft hinter sich haben. Die Spannungen, so heißt es in diesem Artikel weiter, die sich immer mehr zwischen dem deutschen Bauernamt und dem nationalsozialistischen Ministerium in Berlin geltend machen, würden über kurz oder lang so fort sein, daß sich der Wille des deutschen Bauernamtes auch im Ernährungsausschuss durchsetzen würde. Es wird in diesem Zusammenhang auch gegen die Ernennung des Freiherrn von Ossi zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Städtischen Bankvereins, der in den Kreisen der Bevölkerung bereits die Bezeichnung „Antifilialbankungsminister“ trage.

Wie mitgeteilt wird, regnen die Nationalsozialisten die Ernennung des bisherigen Landbankratspräsidenten Willkens zum Preussischen Landbankratsminister an.

Esche auch Umfette

währig, das heißt, beide Edelmetalle sollen frei ausprägbar und in Münzform gleiches Zahlungsmittel sein. Das Wertverhältnis der beiden Münzarten soll durch Gesetz festgelegt werden. Dieses Währungsplan hat in Europa und Amerika lange bestanden. Es ist aber bei den jüngsten Jahren überall aufgegeben worden, weil es sich als unangenehm erwies. Zu den ältesten Beispielen der Nationalökonomie gehört das sogenannte Greshamsche Gesetz, das nach einem Finanzbarbar der Königin Elisabeth benannt ist. Es lautet: Schlechtes Geld verdrängt gutes, und es bedeutet: Entweder sich auf dem Metallmarkt das Silber gegenüber dem Gold, so läßt das private Publikum Silber gewinnen, tauscht es für die höheren geschätzten Relation in Goldmünzen um und investiert in den Zweifelsfällen, wenn sich vermindert als aus dem Verkehr, und die Währung wird schließlich eine reine Silberwährung. Der gleiche Prozeß vollzieht sich mit umgekehrten Vorzeichen, wenn sich das Gold gegenüber dem Silber entwertet. Will man diese Schwerkosten nicht geschäftlich festlegen, sondern will sie von Fall zu Fall annehmen (sog. Parallelwährung), das Ergebnis wäre, daß der Verkehr durch förmliche Umrechnungen kompliziert und beunruhigt würde, ohne daß dem Silbermarkt wesentlich geschadet wäre. Die Gesetze der Wirtschaft sind eben im allgemeinen härter als die der Staaten.

Es fragt sich nun, warum der Silbermarkt überhaupt derart bevorzugt behandelt werden soll, denn das Silberproduzenten recht ist, sollte den Blei- oder Zinnproduzenten billig sein. Die Begründung pflegt eine doppelte zu sein. Einmal wird darauf hingewiesen, daß ein großer Teil Asiens noch immer an der Silberwährung

festhält, vor allem China und Indien. Man nimmt an, daß deren Kaufkraft durch eine Steigerung des Silberpreises nennenswert gehoben und daß dadurch den amerikanischen und europäischen Exportartikeln eine erhöhte Nachfrage erzwungen würde. Diese Argumentation überläßt einmal, daß der Anteil der beiden asiatischen Reiche am Weltmarkt trotz ihrer hohen Bevölkerungszahl nur 2 v. H. und 3 v. H. beträgt. Die erhöhte Nachfrage, die eventuell von ihnen ausging, würde also gar nicht die Weltwirtschaft überreichen. Vor allem aber würde eine Steigerung des Silberpreises sofort große Silberherbände, die in diesen Ländern aufgeschichtet sind, auf den Markt laden, und auf diese Weise würde die Weltmarkt überflutet und der Wert der darüber hinaus müßten in den Silberländern deflationäre Wirkungen eintreten. Das gesamte Weltniveau würde eine Umwälzung erfahren mit dem Ergebnis, daß zu den unerwartigsten politischen Ereignissen vor allem in China noch eine schwere wirtschaftliche Depression hinzutreten würde.

Der zweite Grund, den die Bimetallisten ins Feld führen, läuft darauf hinaus: Das Gold reiche nicht aus, die Welt mit Münzgold zu versorgen, es sei zu knapp geworden und müsse deshalb durch Silber ergänzt, „gestreckt“ werden. Dieses Argument schließt nicht durch in einer Zeit, wo die Goldvorräte bei den Notenbanken Amerikas, Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands und der Schweiz aufstapeln und die gleichmäßig ohnehin recht hohe Deckungsquote weit überschreiten. Es handelt sich hier um eine inflationistische Gedankengang, der unabhängig von der Silberfrage erörtert werden kann. Die Ausgabe von Silbergeld in Münzen oder Zeitstücken ist nur eines der Mittel, eine